

DAS INTERVIEW

Gefahr für Lehre und Forschung

NACHGEFRAGT bei Susanne Hennig, Bildungspolitikerin

Der Landtagsausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat sich jetzt mit den Beschäftigungsverhältnissen an den Thüringer Hochschulen im Jahr 2011 befasst. Die gleichnamige Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2012 hatte die Landesregierung am 14. Dezember beantwortet. Nachdem der Landtag darüber in der Juli-Plenarsitzung beraten hatte, wurde die Anfrage in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen. Am 12. September fand in öffentlicher Sitzung eine Anhörung statt, zu der über 30 Institutionen und Verbände, darunter die Rektoren und Präsidenten, die Studierendenräte und Personalräte aller Thüringer Hochschulen eingeladen waren.

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage hat den enormen Handlungsdruck an den Hochschulen deutlich gemacht. Die Landesregierung muss endlich wahrnehmen, dass sich der überwiegende Teil der Lehrenden an den Hochschulen in ungesicherten und sogar prekären Arbeitsverhältnissen befindet, dass wir es mit einer ausufernden Befristung und schlechten Bezahlung von wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften zu tun haben, dass es höchste Zeit ist, hier eine Gegenstrategie zu entwickeln. Für uns als Linksfraktion ist der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen an den Thüringer Hochschulen einer der Schwerpunkte in der Bildungspolitik.

Inwiefern wurde die Fraktion durch die Anhörung bestätigt?

Die Anzuhörenden haben deutlich gemacht, dass sich die ungesicherte Beschäftigungssituation, die 90 Pro-

zent (!) der Hochschulbeschäftigten betrifft, negativ auf die Qualität der Lehre auswirkt und dass sich die Zukunftsaussichten des akademischen Nachwuchses unter diesen Voraussetzungen immer weiter verschlechtern.

Welche Konsequenzen müssen hier gezogen werden, worauf dringt die LINKE?

Um dieser Misere endlich wirksam zu begegnen, muss die Landesregierung dafür sorgen – und das haben auch die Vertreter der Hochschulen deutlich angemahnt –, dass die Grundfinanzierung an den Hochschulen deutlich erhöht wird. Der Abschluss eines Tarifvertrages für die wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte muss vorangetrieben werden, die Abhängigkeit der Beschäftigten bzw. der Hochschulen von zeitlich befristeten Drittmittelprojekten und Überbrückungsbeschäftigung muss beendet werden.

Dabei ist ja in letzter Zeit viel von der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen die Rede....

Aber die wird durch mehr Befristungen und prekäre Arbeitsverhältnisse nicht befördert, im Gegenteil: Dies gefährdet Lehre und Forschung. Schließlich ist die Attraktivität der Hochschulen auch von den Karrierechancen abhängig, die sie ihren Beschäftigten bietet. Sind solche Chancen nicht gegeben, wandern hochqualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ab oder entscheiden sich erst gar nicht für den Hochschulstandort. Daraus ergeben sich gravierende

Nachwuchsprobleme. Die Landesregierung muss hier endlich handeln.

Dabei sind auch wieder vor allem Frauen betroffen!?

Das ist so. Besonders sticht die schwierige Situation der Frauen heraus, in höhere akademische Positionen zu gelangen. Während unter Studierenden noch ein mehrheitlich ausgeglichenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern existiert, dünnt es sich aus, je höher der akademische Grad ist und wird. Das wird spätestens deutlich am Anteil der Frauen in der Professoren-schaft, der bei 16 Prozent liegt.

Foto: Susanne Hennig (r.) und Katharina König nehmen am Stand der Landesmedienanstalt beim Bürgerfest im Landtag einen Medienkoffer gegen Rechts entgegen.



KURZ UND PRÄGNANT

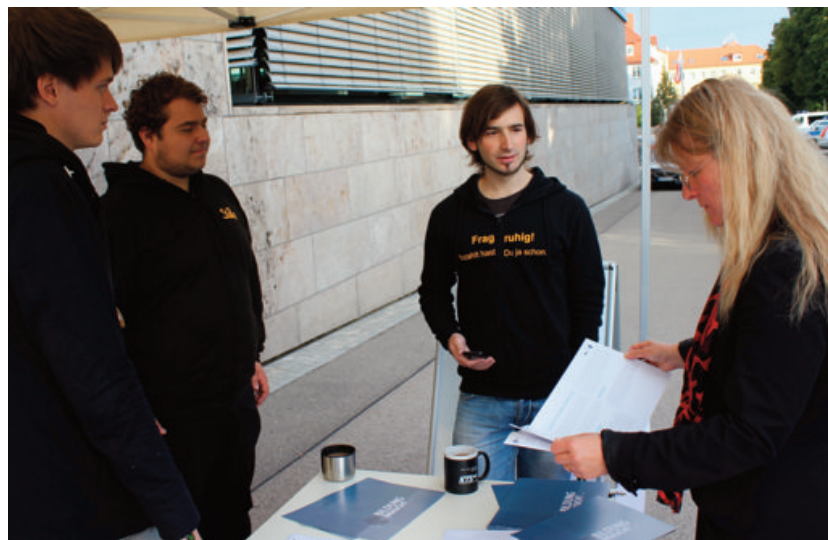
Rote Akzente beim Bürgerfest im Landtag



Großes Interesse an den vielfältigen Informations- und Mitmachangeboten der Linksfraktion beim Bürgerfest im Landtag am 14. September. Rund um die Thüringer Verfassung, deren 20jähriges Gefeiert wurde, rankte das Politik- und Unterhaltungsprogramm, zu dem die LINKE rote Akzente setzte. Viele Besucher waren ganz in Familie gekommen, machten nicht nur regen Gebrauch vom Angebot, bei roter Brause oder Kaffee mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Andrang auch am roten Zelt vor dem Landtag, wo die Fraktionsflyer, Teufelsentchen oder rote Luftballons ebenso gefragt waren, wie der Kinderspaß mit „Ottokar“ oder ein Porträt zum Mitnehmen, das die Schnellzeichnerin „Fredicelli“ zu Papier gebracht hatte.

Anschlag auf Fraktionsbus der LINKEN

„Schockiert und entsetzt“ hatte Bodo Ramelow den feigen Anschlag auf den Kleinbus der Linksfraktion verurteilt. Der Fraktionsvorsitzende befand sich am 7. September auf Kreistour im Wartburgkreis, besuchte die Oberbürgermeisterin Katja Wolf, nahm an verschiedenen Gesprächsforen sowie am Abend am Handballspiel des THSV Eisenach teil. Am Nachmittag bei einer Veranstaltung der LINKEN auf dem Marktplatz in Eisenach wurden die platten Reifen am Fraktionsbus entdeckt. „Durch die Werkstatt wissen wir jetzt deziert, dass es sich nicht um eine Panne handelte, sondern um einen Anschlag. Klar identifiziert wurden Messerstiche in die Reifen unseres Fraktionsbusses“, so Bodo Ramelow, der darauf verweist, dass die Fraktion Anzeige gegen Unbekannt erstattet hat. „Ich bin entsetzt und schockiert, dass am helllichten Tag ein solcher Anschlag passieren konnte, bei dem die Täter Gefahr für Leib und Leben billigend in Kauf genommen haben“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.



Die Möglichkeit, an einem Informationsstand der KTS (Konferenz Thüringer Studierendenenschaften) am 19. September vor dem Landtag die bundesweite Petition „Bildung braucht Priorität“ zu unterschreiben, nutzten auch Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, wie hier Dr. Johanna Scheringer-Wright.

Aktive der Hochschul- und Bildungspolitik wollen, dass die bildungspolitisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik „das umfassende Defizit an Schulen, Hochschulen und Kitas erkennen und mit uns bekämpfen“, heißt es zum Anliegen der Petition auf der Internetseite unter: www.bildungbraucht.de

LINKE und GRÜNE kritisieren Umgang mit Flüchtlingen

Anlässlich einer Fachtagung bei der Polizei Thüringen hatte MdL Martina Renner kritisiert: „Wer im Jahr 2013 immer noch Tagungen zu ‚Politischem Extremismus‘ organisiert, missachtet den Stand wissenschaftlicher und politischer Debatte, die den Extremismusbegriff als untauglichen politischen Kampfbegriff charakterisiert.“ Mit Blick auf den als „Experten“ eingeladenen Prof. Dr. Eckhard Jesse sagte die LINKE Politikerin: Seit Jahren setzt Jesse als ein Vertreter der „Totalitarismustheorie“ und als so genannter „Extremismusexperte“ linke Positionen mit rechtsextremer und gar neonazistischer Hetze gleich. Jesse unterstelle der LINKEN, einen „weichen Extremismus“ zu vertreten, der politisch gefährlicher sei als der „harte Extremismus“ der NPD. Er stehe für eine Verharmlosung von Rassismus, Neonazismus und rechtsextremer Gewalt und behindert geradezu die notwendige Analyse rechter Ideologien.